Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Kaden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7.10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur vormittags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 23 | Dresden, Mittwoch den 29. Januar 1919. | 30. Jahrg.

Nur noch vier Tage! Nur eine kurze Spanne!

Nur noch vier Tage trennen uns von der großen Entscheidung, mit der das Volk sein Urteil über die Wahlrechtsräuber, Koalitionsrechtsfeinde und Kriegstreiber des früheren sächsischen Landtags fällen soll. Keine der bürgerlichen Parteien ist von diesen Sünden frei, keine darf dem Strafgericht entgehen, wenn die Errungenschaften der Revolution gesichert und ausgebaut werden sollen.

Betrachtet sie, die Herren der neuen Firmen — und ihr werdet den reaktionären Pferdefuß unterm veränderten Gewand wieder erkennen. Die Deutschnationalen machen dem geflüchteten Wilhelm II. untertänigste Verbeugungen, und die Deutschdemokraten schieben der Sozialdemokratie und der Revolution all die Schuld zu, die uns der Kriegsbankrott der früheren herrschenden Klassen hinterlassen. Wähler und Wählerinnen! Gebt die Antwort auf dieses Treiben! Nützt die vier Tage aus!

werbt für die Liste Fräßdorf!

Das Ergebnis der preußischen Wahlen.

Berlin, 29. Januar. Bis nachts 12 Uhr lag das Ergebnis der Wahlen zur preußischen Nationalversammlung aus 20 von insgesamt 23 Wahlkreisen vor. Es stehen nur noch aus Posen, Koblenz-Trier und Düsseldorf 6 bis 12, also diejenigen Kreise, die zu einem Teil besetzte Gebiete sind. Demnach sind bisher gewählt: Demokraten 58, Mehrheitssozialisten 137, Unabhängige 24, Deutsche Volkspartei 16, Deutschnationale Volkspartei 39, Zentrum 65, Welfen und Bauerndemokraten 5, zusammen 345. 56 Mandate aus den drei noch fehlenden Wahlkreisen stehen noch aus.

Der Ausfall der preußischen Wahlen gibt ungefähr dasselbe Bild wie der der Reichswahlen. Die Sozialdemokratie ist die weitaus stärkste Partei, doch hat sie zusammen mit den Unabhängigen nicht die absolute Mehrheit. Es fehlen der Sozialdemokratie bisher dazu zwölf Sitze. Daß das Wahlresultat der drei noch ausstehenden Wahlkreise das Verhältnis zugunsten der Sozialdemokratie verschieben wird, ist nicht anzunehmen, da es sich um Wahlkreise handelt, die der Sozialdemokratie nicht einen allzu großen Mandatszuwachs bringen werden. Um die absolute Mehrheit zu bekommen, müßte die Sozialdemokratie von den 56 noch fehlenden Mandaten 49 erhalten, und das ist ausgeschlossen. Wie in der deutschen, so wird auch in der preußischen Nationalversammlung das Zentrum nächst der Sozialdemokratie die stärkste Partei sein. Dann folgen die Demokraten, mit denen zusammen die Sozialdemokratische Partei voraussichtlich eine Mehrheit wird bilden können. Bei den preußischen Wahlen ist die Wahlbeteiligung überall schwächer gewesen als bei den Reichswahlen. In einzelnen Orten ist von dem Stimmenrückgang auch die Sozialdemokratie betroffen worden, doch wie das Wahlresultat zeigt, scheinen im wesentlichen alle Parteien gleichmäßig unter der Verminderung der Wählerzahl gelitten zu haben. In manchen Wahlkreisen sind die Unabhängigen von dem Stimmenrückgang nicht so stark betroffen worden wie die Mehrheitssozialdemokratie. Aber in der Stadt Kiel haben sie ein Drittel der bei den Nationalratswahlen abgegebenen Stimmen verloren.

Die Wahlmüdigkeit, die sich so schnell eingestellt hat, ist wohl ein Zeugnis dafür, daß es weiten Kreisen des deutschen Volkes immer noch an politischer Aufklärung fehlt. Man kann sie wohl nur dadurch erklären, daß viele Wähler sich nicht genügend darüber klar sind, von welcher Wichtigkeit auch die Volksvertretungen in den Einzelstaaten sind.

Es steht noch nicht fest, welche Aufgaben den Einzelstaaten in Zukunft verbleiben werden. Aber wenn auch das Reich die wichtigsten Zweige der Gesetzgebung handhaben wird, so wird doch vermutlich den Einzelstaaten noch sehr viel zu tun übrig bleiben, so z. B. auf dem Gebiet des Wohnungswesens, und vor allen Dingen wird voraussichtlich die Regelung der Schulverhältnisse und die Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche Sache der Einzelstaaten bleiben, also Dinge, die für die Interessen der Volksmassen von allergrößter Bedeutung sind. Vor allen Dingen aber werden die Einzelstaaten wie bisher die Verwaltung in der Hand behalten, und es ist ohne weiteres einleuchtend, daß es für das Volk nicht gleichgültig ist, wer die Gesetze auszuführen hat. Auch das fortschrittlichste Gesetz kann zu einem Messer ohne Klinge werden, wenn es von Leuten gehandhabt wird, die von reaktionärem, volksfeindlichem Geiste erfüllt sind. Deswegen muß alles daran gesetzt werden, daß wir bei den Wahlen zur sächsischen Volkskammer nicht denselben Rückgang erleben wie bei den preußischen Wahlen.

Man kann nach dem Ausfall der Reichswahlen hoffen, daß eine sozialdemokratische Mehrheit in die sächsische Volkskammer einziehen wird.

Sachsen soll ein sozialdemokratisches Musterland werden, das auf dem Wege zum Sozialismus aller Welt voraus ist. Die Erreichung dieses Ziels darf nicht dadurch vereitelt werden, daß ein Teil der Wähler aus Unverstand und Lässigkeit am Wahltage zu Hause bleibt. Unsre Parteigenossen müssen alles daran setzen, daß am 2. Februar alle Männer und Frauen an den Wahlurnen erscheinen, von denen wir annehmen können, daß sie für unsre Kandidaten stimmen werden.

•

Der Wahlausfall im 21. Wahlkreis, Koblenz-Trier.

Vorläufiges amtliches Wahlergebnis: Christliche Volkspartei 454 080 Stimmen (12 Sitze), Deutschnationale Volkspartei 23 814 Stimmen (keinen Sitz), Deutsche Demokratische Partei 111 634 Stimmen (zwei Sitze), Sozialdemokratische Partei 160 834 Stimmen (vier Sitze). Aus dem Regierungsbezirk Sigmaringen sind Meldungen nicht eingegangen. Nach Zeitungsnachrichten ist dort Wahlenthaltung beobachtet worden. Amtlich ist aber nichts davon bekannt.

Ein Aufruf des Zentralrats.

An alle deutschen Männer!

Der Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik gez. Cohen und der Oberbefehlshaber der Regierungstruppen in Berlin Noske erlassen folgenden Aufruf an alle deutschen Männer:

Von Tag zu Tag nimmt die unsrer Heimat vom Osten drohende furchtbare Gefahr zu. Russen, Polen, Tschechen trachten nach deutschem Besitz. Schon steht die Armee der Bolschewisten vor den Toren Ostpreußens und die Polen sind weit in altdeutschem Gebiet. Auch im Innern unsres Staatskörpers macht die **bolschewistische Bewegung weitere Fortschritte.** Ungeachtet des namenlosen Elends, das der Bolschewismus über das russische Volk heraufbeschworen hat, bereiten gewissenlose Elemente **von neuem den blutigen Kampf gegen die Regierung und gegen die kommende Nationalversammlung vor.** Wehe euch, wenn es einer terroristischen Minderheit gelingt, die Macht an sich zu reißen. Statt der verheißenen Freiheit würden wie in Rußland Hunger, Knechtschaft, Erwerbs- und Rechtlosigkeit das Los unsres Volkes sein. Wehe euch, wenn Heere fremder Völker über die östlichen Grenzen hereinbrechen! Euch allen, die ihr vier Jahre lang die deutsche Heimat heldenhaft beschützt habt, gilt in erster Linie dieser Mahnruf. **Helft auch jetzt mit, die bitterste Not abwenden.** Meldet euch bei den freiwilligen Verbänden, welche die Regierung zum Schutze der Grenze und zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung im Innern aufgestellt hat. Kommt nach Berlin zur Garde-Kavallerie-Schützendivision (Werbebureau: Deutsches Künstlertheater, Nürnberger Straße 17), zum Regiment Reinhardt (Moabit, Neues Kriminalgericht), zum Landesjägerkorps (Steglitz, Albrechtstraße 131), zum [illegible] Korps (Joachimsthaler Straße 38), zum Freikorps Hülsen (Luisen-Takt, Berliner Straße, Charlottenburg), zur deutschen Schützendivision (Charlottenburg, Rankestraße 34).

Meldet euch bei den von den Generalkommandos im Lande aufgestellten freiwilligen Verbänden und bei den Bezirkskommandos.

Pflicht aller Behörden und Privatunternehmer ist es, die Werbung mit allen Mitteln zu unterstützen. Sie müssen im Interesse der großen Sache dafür sorgen, daß die sich freiwillig Meldenden keinen Schaden für ihre dienstliche, geschäftliche und wissenschaftliche Zukunft erleiden.

Die Bedeutung der Kommunalwahlen.

Neben den Reichs- und Staatsparlamenten werden in diesen Tagen auch die Gemeindevertretungen auf demokratischer Grundlage erneuert werden.

Das Zukunftsbild der deutschen Demokratie beginnt sich deutlicher abzuzeichnen. Im Reich eine Regierung, die sich auf das Vertrauen der allgemeinen Volksvertretung stützt, im Staat Einzelregierungen, die zum Landesparlament in gleichem Verhältnis stehen, in den Gemeinden von der allergrößten bis zur allerkleinsten kommunale Volksvertretungen, die von allen Ortsbewohnern mit gleichem Recht gewählt sind. Bürgermeister, Ortsvorsteher, Magistrate, die sich auf das Vertrauen dieser Kommunaldemokratien stützen. Kommen noch in Preußen die gleichfalls zu demokratisierenden Provinzialverwaltungen hinzu, so ist das Netz der demokratischen Reichs-, Staats- und Lokalverwaltung geschlossen, der ganze Staatskörper von unten bis oben nach dem neuen Prinzip aufgebaut.

Die Demokratie ist der Weg zum Sozialismus. Nirgends zeigt sich das deutlicher als auf kommunalem Gebiet. Eine kommunal-sozialistische Maßnahme, die nur von einer Minderheit verstanden, von der Mehrheit der Bevölkerung schroff abgelehnt wird, wird kein Verständiger durchzuführen versuchen. Denn ohne die willige Mithilfe der Bevölkerung läßt sich nichts machen, und der Versuch müßte elend scheitern. Wenn aber, wie das in den meisten großen Kommunen Deutschlands der Fall ist, die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Boden sozialistischer Ueberzeugung steht, dann ist die Demokratie der Schlüssel, der der bisher gewaltsam zurückgehaltenen Mehrheit den Weg zu freier Willensbetätigung öffnet. Ehe das Frühjahr kommt, werden die meisten großen Gemeinden Deutschlands und viele kleinere und kleine unter sozialdemokratischer Herrschaft stehen.

Wenn es da Leute gibt, die klagen, mit der Sozialisierung gehe es nicht recht vorwärts, und Deutschland sei in Gefahr, eine bürgerliche Geldsackrepublik zu werden, so sehen sie den Wald vor lauter Bäumen nicht. Ganz abgesehen davon, daß in Reich und Staat Sozialisierungen in verschiedenster Form schon ganz von selbst aus finanzieller Notwendigkeit kommen werden, **so wird es in den Kommunen so viel Sozialisierungsarbeit geben,** daß der Bedarf für einige Zeit gedeckt sein dürfte. Es ist freilich etwas anders, große Redensarten über Sozialisierung zu machen, als **praktisch** an ihr zu arbeiten.

Die Kommunalwahlen erinnern aber erst recht daran, wie ungeheuer viel praktische Arbeit von der sozialistischen Arbeiterschaft aller Orten zu leisten ist. Eine Arbeit, die eine Unzahl sozialistisch geschulter, fähiger und in Verwaltungsangelegenheiten einigermaßen erfahrenen Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratische Partei muß ihren letzten brauchbaren Mann heranholen, um den an sie gestellten Anforderungen gerecht zu werden, und wir verraten kein Geheimnis, wenn wir sagen, daß vielen von ihnen, und gerade nicht den schlechtesten, angesichts der auf sie gehäuften Verantwortungen das Herz mitunter schwer wird. Nur Leute, die von den Dingen keine Ahnung haben, bilden sich ein, man müsse sich nur an den Schreibtisch setzen, von dem aus bisher regiert worden ist, um selber regieren zu können.

Der notwendige enge Zusammenhang zwischen Demokratie und Sozialismus wird auf kommunalem Gebiet noch in andrer Weise klar. Von allen öffentlichen Angelegenheiten sind die kommunalen die nächstliegenden, am besten übersehbaren, und der Mann von der Straße, der Reichs- und Staatsangelegenheiten oft nur von der Ferne sieht, sieht Erfolge und Mißerfolge der Kommunalverwaltung unmittelbar vor sich und bildet sich über sie rasch ein festes Urteil. Darum wird das Wirken des Gemeindesozialismus eine Art Generalprobe für den Reichs- und Staatssozialismus bilden: Von der Tätigkeit und den Erfolgen unsrer Gemeindeverwalter wird es in hohem Grade abhängen, welche Stimmenzahlen wir bei künftigen Reichs- und Landeswahlen mustern werden.

Darum kann bei der bevorstehenden Neuwahl der Gemeindevertretungen gar nicht sorgfältig genug verfahren werden. Wenn es uns gelingt, in möglichst zahlreichen Gemeinden die Herrschaft zu erringen, wenn wir dort durch Anwendung unsrer Grundsätze auf die kommunale Gemeinwirtschaft praktische Erfolge erzielen und für sie die Anerkennung der Bevölkerung gewinnen, so haben wir damit für die sozialistische Republik mehr getan als durch ein Herumreiten auf Schlagworten oder gar durch Begünstigung wüster Putschereien, die das Werden der sozialistischen Republik befördern sollen. Die sozialistische Republik braucht zu ihrem Werden keine neue Blutsaat. Der Pflug der Demokratie pflügt ihr die Furche, der wir das Saatgut unsrer Ideen, unsrer praktischen Vorschläge zur Förderung des Ganzen anvertrauen können. **Und wie wir säen, werden wir auch ernten.**

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190129/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG